

4/2009
SCHWERPUNKT
KLIMA UND
ENTWICKLUNG

„Tretet einem globalen
Überlebensvertrag bei!“
Rede des Maledivischen Präsidenten
Mohamed Nasheed Seite 2

Klima- und Wirtschaftskrise
gemeinsam lösen! Seite 6

Koalitionsvertrag: Klimaziele
ok – Umsetzung fraglich

Seite 7

EDITORIAL



Klaus Milke
Vorstandsvorsitzender
von Germanwatch

Liebe Leserin, lieber Leser,

schon häufig wurden vor Klimagipfeln Hinhaltestrategien gefahren oder die Ziele kleingeredet, um hinterher umso größere Erfolge vorweisen zu können. Vor Kopenhagen sieht es etwas anders aus: Allen ist bewusst, dass die Natur nicht mit sich verhandeln lässt und das Zwei-Grad-Limit eingehalten werden muss. Gerade jetzt brauchen wir einen verlässlichen globalen Rahmen. Die Umsetzung des Ziels, bis 2050 den gesamten Strombedarf durch Erneuerbare Energien zu decken, darf nicht länger aufgeschoben werden – auch weil die Entwicklungsländer als Hauptbetroffene zunehmend Klimagerechtigkeit einfordern.

Das Team von Germanwatch wird vor Ort genau beobachten, ob uns ein X für ein U verkauft werden soll und alles letztlich auf ein großes Greenwashing hinausläuft. Wir sind davon überzeugt, dass ein ambitioniertes, faires und völkerrechtlich verbindliches globales Abkommen gelingen kann. Wer jetzt von einem Scheitern redet, nimmt den Druck aus dem Kessel. Das ist unverantwortlich. Lesen Sie in dieser Zeitung, wie die Weltgemeinschaft die Chance ergreifen kann, klug umzusteuern. Und leisten Sie einen Beitrag, z. B. mit unserer Aktion auf Seite 6!

Klaus Milke

KOPENHAGEN: SUBSTANZ ODER GREENWASH? Startschuss für ein post-fossiles Wohlstandsmodell?

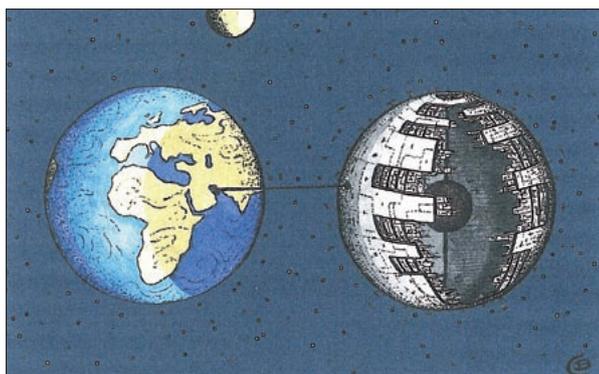
Die klimawissenschaftlichen Fakten sind hart. Auch wenn die globalen Treibhausgasemissionen aufgrund der Wirtschaftskrise im Jahr 2008 langsamer gestiegen sind und 2009 leicht zurückgehen werden, befindet sich die Welt insgesamt auf einem Emissionspfad, der bis Ende des Jahrhunderts in einer Temperaturerhöhung von sechs Grad Celsius münden könnte. Die Konsequenzen eines solchen Temperaturanstiegs wären für hunderte Millionen, wenn nicht Milliarden von Menschen dramatisch.

Volle Kraft voraus ins Solarzeitalter

Immerhin, in China und Indien gibt es viel positive Dynamik: China will sich sogar zu quantitativen Zielen für die Steigerung der Energieeffizienz verpflichten. Südkorea und Indonesien wollen Reduktionsziele akzeptieren, und Brasilien will vor allem die Entwaldung stark einschränken. All das wäre vor wenigen Jahren noch undenkbar gewesen. Wenn sich die Regierungen der Schwellenländer nun auch noch bereit erklären, die Umsetzung der Ankündigungen international überprüfen zu lassen, ist das ein Riesenschritt voran. Selbst Russland, bisher einer der Bremsen unter den Industrieländern, erkennt mittlerweile an, dass der Klimawandel katastrophale Folgen haben wird, und hat sein Ziel – wenn auch nur bescheiden – erhöht.

Angst vor der eigenen Courage in den Industrieländern?

Die Industrieländer hingegen sind in der Summe noch weit davon entfernt, das notwendige Ambitionsniveau zu erreichen. Wissenschaftlich gesehen wären bis 2020 Emissionsreduktionen von mindestens 40 Prozent gegenüber 1990 notwendig, um mit ausreichender Wahrscheinlichkeit deutlich unter zwei Grad Celsius Temperaturanstieg zu bleiben. Tatsächlich belaufen sich die bisherigen Angebote der Industrieländer nur auf acht bis zwölf Prozent. Diese Zahlen sind auch aus ökonomischen Gesichtspunkten nicht nachvollziehbar, denn viele Untersuchungen zeigen: Handeln ist



**KLIMAWANDEL HALB SO WILD:
DUBAI BAUT ERDIDENTISCHES
LUXUSHOTEL**

Germanwatch führte in diesem Jahr einen Karikaturenwettbewerb zu Klimagerechtigkeit durch. Die Karikaturen in dieser Zeitung gehören zu den ausgezeichneten Preisträgern. Grafik: Björn Ciesinski

kostengünstiger als Warten. Wer jetzt die Nase vorne hat, kann die technologischen Leitmärkte der Zukunft besetzen.

Nach Berechnung des Internationalen Instituts für angewandte Systemanalyse (IIASA) könnten Industrieländer aufgrund der Finanzkrise mit denselben Finanzmitteln, die sie zuvor zum Erreichen schwächerer Ziele hatten einsetzen wollen, um zehn Prozentpunkte schärfere Ziele erreichen. Aber scheinbar hat die EU noch Angst vor der eigenen Courage. Sie sollte im Falle eines Deals in Kopenhagen nicht nur 30, sondern 40 Prozent Treibhausreduktion als Zielsetzung anbieten – drei Viertel davon müssten dann „zu Hause“ erreicht werden. Bisher will die EU nicht einmal die Hälfte der Reduktionen durch Maßnahmen in der EU selbst erzielen.

Retten die USA und China die Welt oder nur ihr Image?

Die USA und China, die beiden größten Emittenten und politischen Schwergewichte, machen die Verbindlichkeit und Ambition ihres Engagements von den Vorgaben des jeweils Anderen abhängig. Ein Treffen der Präsidenten Barack Obama und Hu Jintao Mitte November brachte keinen Durchbruch, aber es unterstrich die Notwendigkeit von Emissionsminderungszielen für Industrieländer und von mehr Klimaschutz in Entwicklungsländern. ▶

Inzwischen hat Obama angekündigt, konkrete Zahlen mit nach Kopenhagen zu bringen. Allerdings sind diese bislang unzureichend und nur vorläufig – dem Präsidenten fehlt noch die Rückendeckung eines Klimaschutzgesetzes in den USA, das noch nicht vollständig abgestimmt sein wird.

Finanzhilfen: Investitionen, die sich lohnen

Ohne ausreichende finanzielle Zusagen für Entwicklungsländer wird es kein ambitioniertes Abkommen geben. Es geht dabei um Geld für Klima- und Regenwaldschutz sowie die Anpassung der besonders Verletzlichen an die Konsequenzen des Klimawandels. Deutschland müsste für diesen Zweck jährlich über sieben Milliarden Euro zusätzlich zur Verfügung stellen. Das klingt zunächst viel. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat allerdings errechnet, dass Deutschland im Falle eines ambitionierten Kopenhagenabkommens jährlich 30 Milliarden Euro höhere Exporterlöse erzielen könnte – unter anderem durch den Ausbau Erneuerbarer Energien. Zudem würden ehrgeizige Ziele die Abhängigkeit der VerbraucherInnen von Preisschwankungen auf dem Öl- und Gasmarkt verringern. Die Investitionen lohnen sich also.

Fundament für ambitioniertes Handeln oder Greenwashing des politischen Versagens?

Der öffentliche Druck auf die Staats- und Regierungschefs ist groß – dadurch könnten sie am Ende des Gipfels von Kopenhagen schön klingende Zahlen vorlegen, deren Substanz fraglich ist. Dann stellt sich die Frage: Sind die angestrebten Emissionsreduktionen real, oder werden sie durch Schlupflöcher und Rechentricks entwertet? Stellen die zugesagten

Geldsummen lediglich ein Recycling bereits bestehender Finanzströme und längst gemachter Zusagen für mehr Entwicklungshilfe dar? Werden die Verpflichtungen in Rechtstexte, vergleichbare Regelwerke und die Schaffung effektiver Institutionen übersetzt, oder erhalten wir nur angeblich „politisch bindende“ Entscheidungen? Gibt es ein klares Mandat für die Überführung der grundlegenden Entscheidungen von Kopenhagen in ein verbindliches Rechtsabkommen binnen weniger Monate – oder bleibt es bei einer Absichtserklärung unter vielen?

Am Ende könnten ein und dieselben Zahlen eine völlig gegensätzliche Bedeutung haben: Wir könnten einen substanziellen Durchbruch erreichen oder Zuschauer der größten Greenwash-Show der Geschichte werden. Die notwendige Dynamik kann nur entstehen, wenn hohe, zusätzliche Reduktions- und Finanzziele vereinbart werden. Und wenn diese nicht durch Schlupflöcher ausgehöhlt, sondern mit Substanz versehen werden – im Rahmen eines international völkerrechtlich verbindlichen Abkommens.

Sven Harmeling und Christoph Bals

Kann Obama – oder nicht?

Der Schlüssel für einen Erfolg der Weltgemeinschaft beim Klimagipfel in Kopenhagen (7.-18.12.2009) liegt insbesondere in den Händen von US-Präsident Obama.

Mehr als eine Dekade hat die Welt darauf gewartet, dass die USA als weltweit größter Pro-Kopf-Emittent von CO₂ „Yes – we can“ sagen und ein Reduzierungsziel auf den Verhandlungstisch legen. Doch bislang sind die USA das einzige Industrieland, das nicht bereit ist, über international rechtlich verbindliche Ziele zu verhandeln. Selbst eine Reihe von Schwellenländern, wie Südafrika und Brasilien, haben Ziele vorgelegt; andere warten darauf, dass die Industrieländer und hier insbesondere die USA wie versprochen als Hauptverantwortliche des Klimawandels vorangehen.

Die Welt braucht in Kopenhagen ein rechtlich verbindliches Abkommen, um eine realistische Chance zu wahren, auf einen Pfad deutlich unter zwei Grad globalem Temperaturanstieg zu kommen.

Ohne starke Reduktionsziele der Industrieländer – rechtlich verbindlich und mit einer stringenten Erfüllungskontrolle versehen –, aber auch ohne signifikante Beiträge insbesondere der schnell wachsenden Schwellenländer, werden wir das Zwei-Grad-Limit nicht einhalten.

Ein ambitioniertes Kopenhagen-Abkommen werden wir nur bekommen, wenn die Industrieländer überzeugende Finanzierungsangebote für die Emissionsbekämpfung, die Anpassung an den unvermeidbaren Klimawandel sowie den Walderhalt auf den Tisch legen. Bisher haben wir von Präsident Obama im internationalen Klimaschutz nur ein „We would like to, but we can't“ gehört. Die vorläufigen Ziele, die die USA mit nach Kopenhagen bringen, werden sich am Zwei-Grad-Limit messen lassen müssen.

*Hendrik Vygen,
von Kyoto bis 2005 deutscher
Verhandlungsführer, Vorstand von German-
watch seit 2007*

„Tretet einem globalen Überlebensvertrag bei!“

Rede des maledivischen Präsidenten Mohamed Nasheed vor dem Forum der Klimagefährdeten

Für die besonders gegenüber den Folgen des Klimawandels anfälligen Entwicklungsländer steht mit der internationalen Klimapolitik und dem Kopenhagen-Gipfel nicht weniger als ihre Überlebensperspektive auf dem Spiel. Die kleinen Inselstaaten und viele der ärmsten Entwicklungsländer drängen immer deutlicher auf eine ambitionierte Klimapolitik. Stellvertretend für viele andere Länder haben sich mehrere Staats- und Regierungschefs sowie Umweltminister Anfang November erstmals zu einem „Forum der Klimagefährdeten“ auf den Malediven getroffen. Aufgrund der außerordentlichen

klimapolitischen Bedeutung druckt Germanwatch in Auszügen die Rede des maledivischen Präsidenten Mohamed Nasheed vom 9.11.2009 ab.

„Für uns ist der Klimawandel keine ferne oder abstrakte Bedrohung, sondern eine unmittelbare Gefahr für unser Überleben. (...) Es ist einfach zu glauben, dass er durch einen halbherzigen politischen Kompromiss der mächtigen Staaten gelöst werden könnte. Tatsache ist aber, dass wir mit den Gesetzen der Physik nicht



verhandeln können. (...) Mitglieder der reichen G8-Länder haben angekündigt, den Temperaturanstieg auf zwei Grad Celsius zu begrenzen. Doch sie haben sich geweigert, sich den Emissionszielen zu verpflichten, die für dieses bescheidene Ziel nötig wären.

Bei 2 °C Temperaturanstieg verlieren wir die Korallenriffe.

Bei 2 °C Temperaturanstieg bringen wir Grönland zum Schmelzen.

Bei 2 °C Temperaturanstieg wird mein Land nicht überleben. ▶

Das kann ich als Präsident nicht hinnehmen. Das kann ich als Mensch nicht hinnehmen. (...)

Viele Politiker zeigen gerne mit dem Finger auf andere. Aber nur wenige sind dazu bereit, zur Lösung beizutragen. Diese Krise wird uns – wenn wir nicht dagegen angehen – alle vernichten. (...) Die bisher gebotenen Finanzmittel sind lächerlich gering. Es ist, als wolle man ein Erdbebengebiet mit dem Kehrblech aufräumen. Wir wollen nicht undankbar erscheinen, aber diese Summen werden der Größenordnung der Herausforderung nicht annähernd gerecht. (...) Einige sähen es lieber, wir ertrügen unser Leid stumm. Aber wir haben uns entschlossen, heute zu sprechen. Heute versichere ich Ihnen: Wir werden nicht stillschweigend sterben. (...)

Wir auf den Malediven wollen weniger unsere Not betrachten als die Chance, die in ihr steckt. (...) Aus diesem Grund haben wir kürzlich unseren Plan verkündet, in zehn Jahren klimaneutral zu wirtschaften. Wir werden von Öl auf 100 Prozent erneuerbaren Strom umstellen. Und wir werden Flugverkehrsemissionen ausgleichen, bis eine Lösung für klimaneutralen Flugverkehr gefunden ist.



Ich denke, die Länder, die vorausschauend genug sind, um ihre Wirtschaft heute nachhaltig zu gestalten, werden die Gewinner von morgen sein. Sie werden die Gewinner dieses Jahrhunderts sein. Diese Pionierländer werden sich von den unberechenbaren Kosten für importiertes Öl befreien. Sie werden die neue nachhaltige Wirtschaft in die Kapitalanlage der Zukunft verwandeln. Und sie werden ihr moralisches Ansehen verbessern und damit ihren internationalen Einfluss stärken.

Hier auf den Malediven haben wir auf unseren Anspruch auf kohlenstoffintensives Wachstum verzichtet. Wir wollen schließlich keinen Kohlenstoff, sondern Entwicklung. Es ist nicht die Kohle, die wir brauchen, sondern Strom. Es ist nicht das Öl, das wir brauchen, sondern Personen- und Güterverkehr. (...) Eine Gruppe gefährdeter Entwicklungsländer, die sich zu einer klimaneutralen Entwicklung verpflichten würde, könnte eine deutliche Botschaft an die übrige Welt senden. (...)

Wir wollen ein Licht anzünden, anstatt lautstark zu fordern, dass andere zuerst ins Dunkel gehen. (...) Ich glaube, eine geschlossene Bank klimaneutraler Entwicklungsländer könnte das Ergebnis von Kopenhagen verändern. Derzeit versuchen alle Länder, die zu den internationalen Klimaverhandlungen reisen, ihre eigenen Emissionen so hoch wie möglich zu halten. Sie gehen keinerlei Verpflichtungen ein, bevor ein anderer



dies tut. Dies ist die Logik einer Irrenanstalt, ein Rezept für kollektiven Selbstmord!

Wir möchten keinen globalen Selbstmordpakt. Und wir werden auch keinen globalen Selbstmordpakt unterzeichnen. Weder in Kopenhagen noch anderswo. Daher lade ich heute einige der am stärksten gefährdeten Länder der Welt ein: **Tretet einem globalen Überlebensvertrag bei!**

Vollständige Rede (englisch):
www.tinyurl.com/nasheed091109

Sofortiges Handeln notwendig

Die Umsetzung der Ergebnisse von Kopenhagen muss am 1. Januar 2010 beginnen. Die Welt kann nicht bis zum Inkrafttreten eines umfassenderen internationalen Klimaregimes warten. In der Erwartung weit größerer Finanzflüsse für Klimaschutz und Anpassung nach 2012 müssen bereits jetzt die dringendsten Maßnahmen, z. B. zur Anpassung an den Klimawandel und zum Ausbau der Kapazitäten in den ärmsten Entwicklungsländern, umgesetzt werden. Dazu gehört auch die Entwicklung nationaler klimafreundlicher Entwicklungsstrategien und Anpassungspläne.

Die EU schlug kürzlich vor, dass die Industrieländer für den Zeitraum von 2010 bis 2012 jährlich fünf bis sieben Milliarden Euro für Kurzfristmaßnahmen bereitstellen – immerhin ein erster Schritt in die richtige Richtung. Die Finanzierungsmittel müssen zusätzlich zu Entwicklungshilfe und bisher für diesen Zeitraum versprochenen Geldern zur Verfügung gestellt werden, damit die Maßnahmen nicht auf Kosten der dringend notwendigen Armutsbekämpfung gehen. Eine zentrale Rolle sollte der Adaptation Fund (Anpassungsfonds) unter

dem Kyoto-Protokoll bekommen, der seinen Sitz in Bonn haben wird.

Nun müssen in Kopenhagen verbindliche Finanzierungsmechanismen beschlossen werden, die nach 2012 verlässlich und vorhersagbar die notwendigen dreistelligen Milliardensummen generieren – beispielsweise durch die Versteigerung internationaler Emissionserlaubnisse oder Einnahmen aus dem Flug- und Schiffsverkehr.

Sven Harmeling

„Es geht um das Überleben vieler und ein würdiges Leben aller Menschen.“

Evangelische Kirche fordert neue Weichenstellungen in der globalen Klimapolitik

Die Herausforderungen, vor die der Klimawandel Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kirche stellt, sind gewaltig. Es geht um das Überleben vieler und ein würdiges Leben aller Menschen. Am härtesten sind diejenigen betroffen, die am wenigsten zum Klimawandel beitragen: die Armen in den Entwicklungsländern. Eine Lage, die nicht nur für engagierte Christinnen und Christen, sondern für alle Menschen guten Willens eine schwer erträgliche Ungerechtigkeit darstellt.

Der sehr unbefriedigende Ertrag der Konferenz der Pazifik-Anrainer-Staaten (APEC) Mitte November ist besorgniserregend. Es ist unverantwortlich, wenn die größten Produzenten der schädlichen Treibhausgase schon im Vorfeld von Kopenhagen jede verbindliche Einigung zur Begrenzung der globalen Erderwärmung in Frage stellen. Damit können wir uns unmöglich zufrieden geben. Vielmehr sind neue Weichenstellungen in der globalen Klimapolitik dringend notwendig.

Für Deutschland heißt dies, dass wir uns verpflichten müssen, unsere Treibhausgasemis-

sionen bis zum Jahr 2020 gegenüber dem Basisjahr 1990 um mindestens 40 Prozent zu reduzieren, wobei die Reduktion weitestgehend durch Einsparungen in Deutschland selbst erfolgen soll.

Außerdem muss sich die Bundesrepublik endlich in einer der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit entsprechenden Form an den Kosten beteiligen, die für Anpassungsmaßnahmen in vom Klimawandel betroffenen Entwicklungsländern heute und künftig anfallen. Konkret hieße dies, in enger Abstimmung mit den vom Klimawandel besonders betroffenen Ländern – etwa der Südpazifikregion – geeignete Maßnahmen zu ergreifen. Außerdem müssen finanzielle Mittel bereitgestellt werden, damit Menschen, deren Existenzgrundlage durch den Klimawandel derart stark gefährdet wird, dass Anpassungsmaßnahmen keinen Schutz mehr bieten, entschädigt und ihnen neue Lebensperspektiven ermöglicht werden.

Die zukünftige Entwicklung hängt entscheidend davon ab, inwieweit es in Kopen-

hagen gelingt, ein zukunftsweisendes Vertragswerk zum Klimaschutz zustande zu bringen. Vergessen wir nicht: Die vom Klimawandel ausgehenden Gefahren können von keinem Land allein abgewendet werden; selbst die mächtigsten und finanzkräftigsten Länder der Erde vermögen das nicht. Aber wir, die wirtschaftlich starken und technologisch fortgeschrittenen Länder, verfügen über vergleichsweise größere Fähigkeiten zur Beeinflussung der Klimaentwicklung und zur Anpassung an Veränderungen als andere.

Dabei geht es nicht nur um unser materielles Eigeninteresse. Es ist vielmehr eine Nagelprobe, ob wir bereit und in der Lage sind, unsere Fähigkeiten in einer gegenüber der Weltgemeinschaft verantwortbaren Weise einzusetzen und nicht nur auf unseren eigenen, kurzfristigen Vorteil zu schauen.

*Katrin Göring-Eckardt,
Präses der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD)*

Germanwatch aktiv für's Klima

Klimaschutz-Index und Klima-Risiko-Index

Anlässlich des Klimagipfels in Kopenhagen wird Germanwatch wieder zwei Transparenz schaffende Instrumente vorstellen: Der Klima-Risiko-Index zeigt, welche Länder in den vergangenen Jahren am stärksten von klimabedingten Wetterextremen betroffen waren, der Klimaschutz-Index analysiert die Klimapolitik der Länder mit den höchsten Treibhausgasemissionen.

www.germanwatch.org/klima/indizes

Klimaexpedition

Die Germanwatch-Klimaexpedition holt den Blick auf die Folgen des Klimawandels ins Klassenzimmer. Anhand des Vergleichs von live gezeigten Satellitenbildern mit früheren Aufnahmen erörtern die Schülerinnen und Schüler das Thema Klimawandel an Beispielen wie dem Gletscherschwund. Seit September 2004 wurden bundesweit über 1.300 Projektstage mit 80.000 SchülerInnen durchgeführt.

www.germanwatch.org/klima/ke

Ausgezeichnete Kurzfilme

Im Rahmen eines von Germanwatch ausgeschriebenen Kurzfilmwettbewerbs wurden die drei innovativsten und interessantesten Drehbücher mit einem Preis ausgezeichnet. Aus zwei Drehbüchern entstanden bereits Kurzfilme: „Die Rechnung“ und „Sandkorn im Getriebe“.

www.germanwatch.org/klima/filmwett09

Die Welt am Scheideweg: Wie retten wir das Klima?

Bereits im letzten Jahr erschien das Buch „Die Welt am Scheideweg“. Dieses umreißt die enormen Risiken der Klimaveränderungen und zeigt, dass die Menschheit den Klimawandel sehenden Auges verursacht. Das Buch fordert von Politikern, Managern und Bürgern, nun die Weichen für ernsthaften Klimaschutz zu stellen.

www.germanwatch.org/klima/buch08.htm

Die am meisten betroffenen Staaten berücksichtigen!

Interview mit Saleem Huq vom Internationalen Institut für Umwelt und Entwicklung (IIED)

Herr Huq, Sie haben sich als Wissenschaftler in den vergangenen Jahren sehr dafür eingesetzt, die Perspektive der Staaten, die am meisten vom Klimawandel betroffen sind, in die Klimaverhandlungen einzubringen. Was steht für diese Länder in Kopenhagen auf dem Spiel?

Die kleinen Inselstaaten und die wirtschaftlich am wenigsten entwickelten Länder (LDC) werden in den nächsten zehn bis 20 Jahren am meisten vom Klimawandel betroffen sein. Sie müssen sich an die Auswirkungen anpassen. Die Länder erwarten von der internationalen Staatengemeinschaft, dass diese sie finanziell und technisch unterstützt. Langfristig geht es auch um das Überleben tiefliegender Staaten wie Tuvalu. Sie könnten aufgrund des Meeresspiegelanstiegs in 40 bis 50 Jahren nicht mehr existieren.

Mit welchen Auswirkungen des Klimawandels kämpfen die Menschen in vielen Ländern bereits heute?

Tatsächlich können schon heute fast überall auf der Erde Folgen des Klimawandels beobachtet werden. Die Menschen leiden bereits jetzt unter Veränderungen der Niederschlagsverhältnisse oder einer Häufung von Dürren. Kamen solche Ereignisse in der Vergangenheit nur alle zehn Jahre vor, passieren sie heute in vielen Gegenden regelmäßig.

Viele gefährdete Entwicklungsländer haben in den letzten Monaten verstärkt ihre Stimme in den UN-Klimaverhandlungen erhoben. Wird dies einen Einfluss auf die Ergebnisse von Kopenhagen haben?

Ich hoffe doch. Diese Staaten benötigen Schutz. Eine globale Antwort auf ein globales Problem muss die am meisten betroffenen Staaten berücksichtigen. Derzeit kommen die großen Emittentenstaaten mit Vorschlägen, die ihnen politisch realistisch erscheinen. Doch sie nehmen die andere, weitaus wichtigere politische Realität nicht wahr: Die Ambitionen der bisherigen Vorschläge sind zu gering – dies könnte für die gefährdeten Länder gravierende Konsequenzen haben. Nicht für alle Länder und Ökosysteme bedeutet das Einhalten des Zwei-Grad-Limits eine sichere Welt. Daher fordern

die verletzlichen Staaten eine Begrenzung des Temperaturanstiegs auf 1,5 Grad Celsius und eine Verringerung der Treibhausgasemissionen in den Industrieländern um mindestens 45 Prozent bis 2020.



Die Klimafinanzierung für Entwicklungsländer ist ein entscheidender Streitpunkt in den Verhandlungen. Einige Studien schätzen die Anpassungskosten auf über 100 Milliarden US-Dollar pro Jahr. Was wird benötigt, um die verwundbaren Staaten ausreichend zu unterstützen?

Damit werden zwei Dinge angesprochen: erstens der Austausch von Wissen, Erfahrung sowie Technologie zur Unterstützung bei der Anpassung an den Klimawandel. Dabei geht es vor allem um einen Austausch zwischen Entwicklungsländern, die hierbei unterstützt werden sollten. Zweitens ist eine große Menge Geld nötig – zig Milliarden Dollar. Die besonders dringenden Maßnahmen in den 48 ärmsten Entwicklungsländern kosten etwa zwei Milliarden Dollar und sollten sofort umgesetzt werden. Doch der Fonds, der dafür eingerichtet wurde, umfasst weniger als 200 Millionen Dollar. Die alten Versprechen sind damit bisher nicht eingehalten worden. Die gefährdeten Staaten, die sich selbst dazu verpflichtet haben, klimaneutral zu wirtschaften, sollten ebenso bei der Erarbeitung und Umsetzung klimafreundlicher Entwicklungspläne unterstützt werden.

Es besteht die Sorge, dass Industriestaaten wie Deutschland oder Großbritannien Mittel, die bereits für das Erreichen der UN-Millenniumsentwicklungsziele zugesagt wurden, in die Anpassungsfinanzierung umleiten. Wird dies auf Kosten der Armutsbekämpfung gehen?

Das wäre schlecht. Wir fordern, dass die Unterstützung zusätzlich zur Offiziellen Entwicklungszusammenarbeit ist. Es gibt hier durchaus innovative Lösungen. Die LDC selbst haben eine Abgabe auf Flugtickets speziell für die Anpassungsfinanzierung vorgeschlagen. Eine geringe Gebühr von zehn Euro pro Ticket für jeden internationalen Passagier würde zusätzlich zehn bis 15 Milliarden Dollar pro Jahr erwirtschaften.

Wie können Menschen der persönlichen Verantwortung für den Klimawandel gerecht werden?

Sie können drei Dinge tun: Erstens sollten sie den Fokus auf ihren eigenen Lebensstil richten und ihren Kohlenstoff-Fußabdruck reduzieren. Es gibt viele entsprechende Möglichkeiten, z. B. eine Reduzierung der internationalen Flugreisen und eine energiebewusstere Lebensweise. Zweitens sollten sie andere Menschen davon überzeugen, ihrer persönlichen Verantwortung gerecht zu werden. Drittens sollten sie mit dem Gedanken brechen, selbst nur Konsument zu sein: Sie sind aktive Bürger, die von ihrer Regierung fordern können, die notwendigen Entscheidungen auf nationaler und internationaler Ebene zu treffen.

Interviewer: Sven Harmeling

Warum ich Germanwatch wichtig finde



Klaus Töpfer,
von 1987 bis 1994
Bundesumweltminister
und von 1998 bis 2006
Exekutivdirektor des
Umweltprogramms der
Vereinten Nationen

Germanwatch gehört zu den deutschen Nichtregierungsorganisationen, die in der klimapolitischen Debatte national und international führend sind. Bei der Entwicklung sowohl einer Strategie zur Verminderung der Treibhausgasemissionen als auch von Konzepten zur Anpassung an den Klimawandel hat Germanwatch die Diskussion wesentlich mitgestaltet. Im Rahmen der Vorbereitungen eines erfolgreichen Folgeabkommens zum Kyoto-Protokoll spielt Germanwatch eine wichtige Rolle und kann auch weiterhin mit meiner persönlichen Unterstützung rechnen.

Klima- und Wirtschaftskrise gemeinsam lösen!

Bewertung der besten und schlechtesten Politiken für einen „Green New Deal“

Was sind die besten Maßnahmen und Politiken, um sowohl das Klimaproblem anzugehen als auch den Weg aus der Wirtschaftskrise zu weisen? Diese Frage stellt eine neue Studie, die von Ecofys und Germanwatch im Auftrag von WWF und E3G erstellt wurde. Die Studie basiert auf einer Analyse von hundert klimapolitischen Maßnahmen der G20-Länder und ihrem Potenzial, im Sinne eines „Green New Deal“ klima- und wirtschaftsfreundliche Maßnahmen zu verbinden. Die untersuchten Staaten sind gemeinsam für drei Viertel der weltweiten Treibhausgasemissionen verantwortlich.

Zugleich stellt die Studie die schlechtesten Beispiele vor und macht hierdurch den dringenden Handlungsbedarf deutlich, der trotz einzelner positiver Bemühungen einiger Staaten bestehen bleibt. Deutschland erreichte mit Maßnahmen wie dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) und dem Gebäudesanierungsprogramm (Ener-

gieeinsparverordnung) die besten Platzierungen. Gleichzeitig finden sich hier aber auch fast alle der schädlichsten Politiken, beispielsweise klimaschädliche Steuervorteile und Subventionen in den Bereichen Energieerzeugung (Kohle- und Atomenergie) sowie Verkehr.

Spannend ist auch, dass in den analysierten Schwellenländern Politiken zu finden sind, die Vorbildcharakter haben: so in Indien (Verpflichtung zur Nutzung von komprimiertem Erdgas für Geschäftswagen), Mexiko (flexibles Omnibus-Verkehrssystem), China (Energieeffizienz-Zielvorgaben für die 1.000 energieintensivsten Unternehmen) und Brasilien (Waldschutzprogramme).

Die Studie zeigt deutlich, dass schon jetzt viel erreicht werden könnte, wenn die negativsten Maßnahmen gestoppt würden und damit eine Kohärenz in den verschiedenen Politikbereichen erreicht würde.

Möchten Sie die Zeitung WEITBLICK regelmäßig kostenlos erhalten? Einfach Bestell-Coupon auf Seite 8 ausfüllen!

„Der Climate Change Act“ in Großbritannien macht deutlich, wohin der Weg gehen kann: In Richtung eines Gesetzespakets, das alle energieintensiven Sektoren berücksichtigt und eine langfristige Strategie beinhaltet, um die CO₂-Emissionen zu reduzieren und gleichzeitig die Wirtschaft zu stützen. Dass selbst die G20 das Ziel formuliert haben, die Subventionen für fossile Energien vollständig abzubauen, sollte auch für Deutschland ein zusätzlicher Ansporn in diesem Bereich sein, insbesondere angesichts knapper staatlicher Kassen.

Jan Burck

Bestellinfos und Download-Adresse siehe Coupon links unten

Fordern Sie Geld für ein gerechtes Klima-Abkommen!



7 MRD. EURO FÜR EIN GERECHTES KLIMA-ABKOMMEN
WWW.KLIMA-APPELL.DE

Der Finanzbedarf der Entwicklungsländer für Klimaschutz und Anpassung an die Folgen des Klimawandels ist enorm. Die Industrieländer müssen bis 2020 jährlich 110 Milliarden Euro zusätzlich zur Entwicklungshilfe zur Verfügung stellen. Der faire Beitrag Deutschlands dazu liegt bei mindestens sieben Milliarden Euro. Die Investitionen lohnen sich, denn ohne sie wird es kein ambitioniertes Abkommen geben. Mit dem Abkommen sind enorme Zusatzeinnahmen verbunden – beispielsweise durch den Export von Technologien zur Nutzung Erneuerbarer Energien.

In einer gemeinsamen Aktion mit Campact, Brot für die Welt, Oxfam, Misereor, dem Evangelischen Entwicklungsdienst und der Klima-Allianz setzt sich Germanwatch dafür ein, dass Deutschland mit einer verbindlichen Zusage nach Kopenhagen fährt. Betiligen Sie sich mit Ihrer Unterschrift an unserer Forderung an Bundeskanzlerin Angela Merkel, Umweltminister Norbert Röttgen und Finanzminister Wolfgang Schäuble!

Nehmen Sie teil: www.klima-appell.de

Afrikas Zivilgesellschaft stärken!

Germanwatch unterstützt afrikanische NRO im Klimaprozess

Die klimawissenschaftlichen Prognosen für die Zukunft Afrikas sind weitgehend düster: Der Klimawandel wird die Wasser- und Nahrungsmittelknappheit verschärfen. Und das, obwohl der afrikanische Kontinent kaum zum Klimawandel beigetragen hat. Daher ist es zentral, dem ärmsten Erdteil bei den UN-Klimaverhandlungen eine Stimme zu verschaffen, um ein gerechtes und ambitioniertes Abkommen erreichen zu können. Vor diesem Hintergrund ist für Germanwatch – als Umwelt- und Entwicklungsorganisation verfolgen wir die UN-Klimaverhandlungen seit mehr als 15 Jahren intensiv – die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen aus Afrika besonders wichtig, gerade im Klimajahr 2009.

Mit Unterstützung des Bundesumweltministeriums konnte Germanwatch vier afrikanischen Vertretern der Zivilgesellschaft die durchgehende Teilnahme an den UN-Klimaverhandlungen im Jahr 2009 ermöglichen. Die Experten – Sena Alouka aus Togo, Andrew Adwera aus Kenia, Shepard Zvigadza aus Simbabwe und Djimingue Nanasta aus dem Senegal – arbeiten zu verschiedenen Schwerpunktthemen. Sie nutzten ihre Teilnahme dazu, sich einerseits selbst stärker in die Verhandlungen einzuarbeiten und andererseits die Kontakte zu Delegierten aus anderen afrikanischen Ländern zu vertiefen. Am Rande der Verhandlungssitzungen in Bonn konnten sie sich



Die Folgen des Klimawandels sind in Afrika bereits heute sichtbar. © Jörg Boethling

zudem mit in Deutschland lebenden Menschen mit afrikanischem Migrationshintergrund über die jeweilige Wahrnehmung des Klimawandels und der Klimapolitik austauschen. Gemeinsam mit anderen europäischen und afrikanischen Nichtregierungsorganisationen (NRO) formulierten Germanwatch und die afrikanischen Partner Forderungen für ein gerechtes Klimaabkommen.

Die afrikanischen Regierungen selbst ergreifen mittlerweile viel stärker als früher das Wort und wollen in Kopenhagen mit einer Stimme sprechen. Angesichts der dramatischen Konsequenzen des Klimawandels auf ihrem

Kontinent fordern sie die Industrieländer dazu auf, ihre Emissionen gegenüber 1990 um mindestens 40 Prozent bis 2020 zu verringern. Zudem bestehen sie auf umfangreichen Finanztransfers, mit Hilfe derer sie sich an die Folgen des Klimawandels anpassen können. Diese Forderungen werden von afrikanischen und europäischen NRO weitgehend geteilt.

Doch auch die afrikanischen Staaten müssen ihren Teil zu einem ambitionierten Abkommen beitragen – die zivilgesellschaftlichen Akteure haben hierzu klare Vorstellungen. Nur wenn die Regierungen die Bedürfnisse ihrer gegenüber den Folgen des Klimawandels besonders verletzlichen Bürger in den Mittelpunkt der Anpassungspolitik stellen, kommen sie ihrer menschenrechtlichen Verpflichtung nach. Nur dann kann garantiert werden, dass internationale Finanzierung ihr Ziel erreicht, und hier fehlt es trotz viel Rhetorik an konkreten Maßnahmen. Die Zivilgesellschaft muss sich auf beiden Seiten des Mittelmeers dafür einsetzen, dass die Regierungen ihren Worten Taten folgen lassen.

Sven Harmeling

Koalitionsvertrag: Klimaziele ok – Umsetzung fraglich

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat es sich zum Ziel gesetzt, die deutsche Vorreiterrolle im Klimaschutz beizubehalten und weiter auszubauen.

Damit eng verbunden setzt sich die Bundesregierung ein 40-prozentiges Emissionsminderungsziel bis 2020 gegenüber 1990. Sie macht dieses Ziel nicht davon abhängig, dass die EU ihre Emissionen um 30 Prozent verringert. Die Bundesregierung bekräftigt auch das im Rahmen der G8 gemachte Versprechen, bis 2050 die Emissionen um mindestens 80 Prozent zu reduzieren – und hat dazu beigetragen, das Ziel für die EU auf 80 bis 95 Prozent aufzustocken.

Die Zahlen könnten angesichts der Wirtschaftskrise erhöht werden, und viele Umsetzungsschritte fehlen: Im Verkehrs-

bereich setzt die Regierung fast nur auf Elektromobilität – ansonsten eher auf freie Fahrt für freie Bürger. Neue Kohlekraftwerke will sie zulassen. Diese würden auch noch 2050 laufen. Schon zwei große Kraftwerke würden ausreichen, um die dann noch zulässigen Emissionen zu überschreiten.

Spannend wird nun, ob die Regierung dennoch den weitreichenden Ankündigungen Taten folgen lässt. Germanwatch fordert eine Verankerung des Entwicklungspfades hin zu 80 bis 95 Prozent Emissionsreduktion in einem nationalen Klimaschutzgesetz.

Die Bundesregierung erkennt den Erneuerbaren Energien eine maßgebliche Rolle bei der Energieversorgung zu. Ziel sei es, die Technologieführerschaft in diesem

Bereich konsequent auszubauen und die Verwendung traditioneller Energieträger nach und nach durch erneuerbare zu ersetzen. Der Ausstieg aus dem Ausstieg von längst abgeschriebenen Kernkraftwerken macht diese allerdings zur Gelddruckmaschine für Energiekonzerne. Dies nimmt den Konzernen den Anreiz, in neue Offshore-Windenergie-Anlagen zu investieren, die künftig unverzichtbarer Bestandteil der erneuerbaren Kapazitäten sein werden.

Der Flaschenhals für die massive Verbreitung der Erneuerbaren ist und bleibt das Stromnetz. Dies hat die Bundesregierung erkannt. Sie will den Ausbau des Netzes für dezentrale und großflächige Erneuerbare Energien voranbringen.

Anne Koch und Sven Harmeling

Abos und neue Germanwatch-Publikationen

- Kostenloses Abo: Die Germanwatch-Zeitung „Weitblick“ per Post (vierteljährlich). www.germanwatch.org/zeitung
- Kostenloses Abo: E-Mail-Newsletter KlimaKompakt (1 bis 2 Aussendungen pro Monat), mit aktuellen Berichten zum Klimaschutz. www.germanwatch.org/kliko
- Exemplare dieser Zeitungsausgabe. Kostenlos. www.germanwatch.org/zeitung
- Ein Kopenhagener Klima-Abkommen. Version 1.0. Einzelexemplare Kostenlos. www.germanwatch.org/klima/treaty1ovnar-d
- Hintergrundpapier: Klimawandel in Norddeutschland. 5 Euro. www.germanwatch.org/klima/nord09
- Artikel: Kopenhagen: Protest auf dem Rücken derer, die am meisten zu verlieren haben? Kostenlos. www.germanwatch.org/klima/cb09rls
- Studie: Deutsche Stromversorger – In der CO₂-Falle? Ein neues Spiel hat begonnen. Kostenlos. www.climate-mainstreaming.net/co2strom
- Hintergrundpapier: The Layers of the Doll. Exploring the Russian Position for Copenhagen. 5 Euro. www.germanwatch.org/klima/russ09doll.htm
- Hintergrundpapier: The Dead Souls: How to Deal With the Russian Surplus? 5 Euro. www.germanwatch.org/klima/russ09surp.htm
- Studie: Scorecards on Best and Worst Policies for a Green New Deal. 5 Euro. www.germanwatch.org/klima/score09g20.htm
- Konferenzbericht inkl. Linkliste zu Klimafilmen: Survival at stake? What is needed in Copenhagen for the most vulnerable? 5 Euro. www.germanwatch.org/klima/dcd09.htm
- Diskussionspapier: Pro-Poor Governance of Global Adaptation Funds. 5 Euro. www.germanwatch.org/klima/ad-dis09d
- Germanwatch-Flyer „Hinsehen, analysieren, einmischen“. Kostenlos. www.germanwatch.org/gwselbst/gw-flyer

Die hier gelisteten Publikationen können Sie im Internet kostenlos herunterladen oder zum angegebenen Preis bestellen, zzgl. 2 Euro Versandkostenpauschale. Mitglieder, Förderer und Zustifter der Stiftung Zukunftsfähigkeit erhalten die Publikationen zum halben Preis.

Der Versand erfolgt gegen Rechnung, alternativ bitte den fälligen Betrag in Briefmarken beilegen. Bestellung: versand@germanwatch.org, Tel. (0228) 60492-0, Fax (0228) 60492-19, oder per Post an Germanwatch e.V., Kaiserstr. 201, 53113 Bonn.

www.germanwatch.org/pub

Name

Vorname

Evtl. Organisation/Firma

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Tel./Fax

E-Mail

Wer wir sind – was wir wollen

Ziele von Germanwatch

Germanwatch ist eine gemeinnützige und unabhängige Umwelt- und Entwicklungsorganisation. Wir engagieren uns seit 1991 für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen. Welthandel und Ernährung, Klimaschutz und Anpassung, Unternehmensverantwortung, Nachhaltigkeit im Finanzsektor sowie Entwicklungsfinanzierung sind unsere Themen.

Bei unseren Tätigkeiten konzentrieren wir uns auf die Politik und Wirtschaft des Nordens mit ihren weltweiten Auswirkungen. Die Lage der besonders benachteiligten Menschen im Süden bildet den Ausgangspunkt unserer Arbeit. Gemeinsam mit unseren Mitgliedern und Förderern und mit anderen Akteuren der Zivilgesellschaft wollen wir eine starke Lobby für eine nachhaltige Entwicklung sein.

Gezielter Dialog mit Politik und Wirtschaft, wissenschaftsbasierte Analysen, Medien- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Kampagnen sind zentrale Elemente unserer Arbeitsweise. Dabei sind wir mit Organisationen sowie Einzelpersonen aus dem Süden und mit Entwicklungs- und Umweltorganisationen weltweit eng vernetzt.

Germanwatch lebt von der Unterstützung seiner Mitglieder und Förderer. Machen Sie mit! Vielen Dank!

Termine

■ **Kopenhagen, 7.-18.12.09:** Klimagipfel der Vereinten Nationen

■ **Bonn, 9.12.09, 15 h:** „Klimawandel – Herausforderung für die internationale Politik“. Vortrag von Stefan Rostock. Ort: Kaiserstr. 201, 53113 Bonn. Weitere Infos: www.fes-forum-nrw.de

■ **Bundesweit, 12.12.09:** Weltweiter Klimaktionstag 2009. Weitere Infos (auf Englisch): www.globalclimatecampaign.org

Kontakt

Berlin: Germanwatch e.V., Voßstr. 1, 10117 Berlin
Tel. (030) 2888 356-0, Fax (030) 2888 356-1

Bonn: Germanwatch e.V., Kaiserstr. 201, 53113 Bonn
Tel. (0228) 604 92-0, Fax (0228) 604 92-19

Im Internet: www.germanwatch.org
E-Mail: info@germanwatch.org

Spenden

Spendenkonto 32 12 300, Bank für Sozialwirtschaft Berlin (BLZ 100 205 00). Aus dem Ausland: BIC / Swift: BFSWDE-31BER, IBAN: DE33 1002 0500 0003 2123 00

Impressum

Herausgeber: Germanwatch e.V.
Redaktion: Dörte Bernhardt (V.i.S.d.P.)
Anika Busch, Klaus Milke, Gerold Kier
Layout: Dietmar Putscher, Köln

Gefördert vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei Germanwatch.

Ja, ich unterstütze Germanwatch...

- Ich spende an Germanwatch einmalig den Betrag von _____ € per Lastschrift.
- Ich werde Fördermitglied von Germanwatch und zahle
 - monatlich halbjährlich jährlich
 den Betrag von _____ € (Mindestbeitrag: 5 € monatlich / 30 € halbjährlich / 60 € jährlich).

Ich bin damit einverstanden, dass Germanwatch diesen Betrag von meinem Konto abbucht.
Diese Einzugsermächtigung kann ich jederzeit kündigen.
Wenn mein Konto nicht ausreichend gedeckt ist, ist mein kontoführendes Kreditinstitut nicht verpflichtet, den Betrag einzulösen.

Konto-Nr.

Geldinstitut

BLZ

Datum

Unterschrift

Name

Vorname

Straße / Nr.

PLZ/Ort

Tel.

E-Mail

Bitte einsenden an:
Germanwatch e.V., Voßstr. 1, 10117 Berlin

Selbstverständlich können Sie auch per Überweisung spenden (Bankverbindung siehe Impressum auf).

Ihre Spende ist steuerabzugsfähig. Anfang des kommenden Jahres erhalten Sie ab einer Spende von 25 € automatisch eine Spendenquittung. Bei Beträgen darunter legen Sie Ihrer Steuererklärung einfach den Kontoauszug bei.